

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Florian Streibl

Abg. Ulrike Gote

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Eva Gottstein

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13942 und 17/13943)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13738 mit 17/13766)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13767 mit 17/13775)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13894 mit 17/13903)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie immer an der Redezeit der stärksten Fraktion. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Antrag auf Drucksache 17/13738 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und darf für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Guttenberger bitten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Wenn man das Recht hinauswirft, kommt der Schrecken zur Tür herein", sagt ein sudanesisches Sprichwort. Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit, funktionierende unabhängige Rechtsprechung sind die Grundlagen für ein funktionierendes Gemeinwesen, und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen, sei es Wirtschaft,

sei es Soziales. Rechtsstaatlichkeit stiftet Frieden, der dann die Basis ist. Das Vertrauen in den Rechtsstaat auch unter veränderten Voraussetzungen zu erhalten und weiter zu entwickeln, ist deshalb aus unserer Sicht unerlässlich. Wichtig ist uns dabei immer, auch für die Rechtsprechungsorgane und den gesamten Justizbereich ein verlässlicher Partner zu sein. Wichtig ist es deshalb, dass von den über 300 neu geschaffenen Stellen nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern alle Bereiche der Justiz profitieren, sei es im Bereich der Bewährungshilfe, sei es bei den Gerichtsvollziehern und den Justizfachwirten, sei es im Bereich der Wachtmeister, der technischen Beamten, der Arbeitnehmer, der Rechtspflegeranwärter oder Justizsekretärsanwärter.

Neue Richter und Staatsanwälte sind ein wichtiger Bestandteil des Sicherheitspakets und verstärken die Terror- und Kriminalitätsbekämpfung; denn nur die Polizei zu verstärken, wäre kein sinnvoller Weg gewesen, da durch verstärkte Terror- und Kriminalitätsbekämpfung letztendlich natürlich auch weitere Verfahren entstehen, die dann abzuarbeiten sind. Uns ist es deshalb besonders wichtig und wird von uns auch sehr begrüßt, dass zweckgebunden 24 Stellen zur Bekämpfung von Cyber-Kriminalität und Extremismus im Haushalt neu auf den Weg gebracht wurden.

Neue Herausforderungen erfordern auch neue Ansätze. Damit ist die Justiz aus unserer Sicht auch für die Zukunft gut aufgestellt. Neue Herausforderungen erfordern aber auch, dass zum Beispiel die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für die Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen erweitert wird und dass weitere Stellen für den elektronischen Rechtsverkehr und natürlich für die IT-Sicherheit, die ja dann auch verstärkt werden muss, in diesem Haushalt ihren festen Platz haben. Dabei ist es von Bedeutung, die Fortsetzung der Förderung auch präventiver Projekte auf den Weg zu bringen. Unsere zwei großen Präventionsprojekte in Bayern im Bereich der Justiz, nämlich "Kein Täter werden" und die Fachambulanzen für Sexual- und Gewalttäter, haben sich als Erfolgsmodelle erwiesen. Deshalb freuen wir uns, dass das Projekt in Regensburg "Kein Täter werden" mit 100.000 Euro auf 520.000 Euro und die Fachambulanzen für

Sexual- und Gewalttäter um 800.000 Euro verstärkt werden können, sodass für diesen Bereich jetzt 4,3 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Geänderte Gesetzeslagen erfordern auch geänderte Ansätze. Deshalb ist in Umsetzung des 3. Opferrechtsreformgesetzes ein Betrag in Höhe von einer Million Euro eingestellt worden, um die psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer während des gesamten Verfahrens zu ermöglichen und zu sichern.

Ein Plus war auch erforderlich für Vergütungen für Vormünder und Betreuer, wenn die Mündel mittellos sind, und natürlich auch bei den Vergütungen und Entschädigungen zum Beispiel für Gutachter.

Geänderte Herausforderungen erfordern auch geänderte Maßnahmen. Deshalb ist es auch wichtig, im Rahmen des Sicherheitspakets die Effizienz zu steigern und in Digitalisierung und in IT-Projekte zu investieren. Nennenswerte Beträge für die Digitalisierung wurden nicht nur für die Software-Entwicklung und die Sicherheit, sondern auch für die Anschaffung moderner Hardware auf den Weg gebracht.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal betonen, dass gerade die Einführung einer elektronischen Akte für den Justizvollzug weitere Verbesserungen bringen wird, weil damit der Justizvollzug besser abgestimmt werden kann. Gerade der Justizvollzug liegt häufig etwas im Schatten, nicht aber bei uns. Wir verbessern mit diesem Haushalt die technische Sicherheit. Wir müssen dem Bürger und der Bürgerin garantieren, dass derjenige oder diejenige, der oder die sich im Justizvollzug befindet, während des Vollzugs sicher untergebracht ist und von ihm oder ihr keine weiteren Gefahren ausgehen.

Im Vollzug müssen wir aber auch erkennen, dass immer dann, wenn Menschen eng zusammen sind, wenn es ein großes Zeitfenster gibt, das man gemeinsam gestaltet, auch die Anfälligkeit für Radikalisierung, gerade im salafistischen Bereich, nicht unerheblich steigt. Wir wollen deshalb mit einem Projekt im Justizvollzug ganz speziell gegen Radikalisierung, ganz egal, in welcher Form, vorgehen.

Ein effizienter Justizvollzug ist aus unserer Sicht eine unerlässliche Voraussetzung, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat zu erhalten. Konsequenterweise heißt dies aber auch, dass wir nur dann einen effizienten Justizvollzug gewährleisten können, wenn auch die dazu nötigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Dies ist gerade im Großraum München eine große Herausforderung. Deshalb wird von uns das Projekt auf dem McGraw-Gelände nachhaltig unterstützt, mit dem Anwärterwohnungen und Wohnungen für junge Beamtinnen und Beamte aus den Bereichen der Polizei, der Finanzen und der Justiz, insbesondere des Justizvollzugs, geschaffen werden. Nur einem attraktiven Arbeitgeber mit Wohnmöglichkeiten für die Mitarbeiter wird es mittelfristig und langfristig gelingen, nachhaltig gute und motivierte Justizvollzugsbedienstete zu gewinnen. Deshalb ist das ein Projekt, das wir uns mit hoher Priorität auf die Fahne schreiben wollen. Ich hoffe, dass dies bald verwirklicht und umgesetzt wird, damit dieses Belegungsrecht die Leistungsfähigkeit des Justizvollzugs entsprechend gewährleistet.

Wir halten diesen Haushalt der Justiz für einen großen Aufschlag im Zusammenhang mit dem Sicherheitspaket und für ein zukunftsweisendes Projekt. Wir haben im letzten Doppelhaushalt ganz klar den Schwerpunkt bei der Sicherheitsarchitektur gesetzt. Bei den Gerichten sollte der Eingangsbereich gesichert werden. Das ist inzwischen geschehen. Auch haben wir im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit einen Aufschlag gemacht. Wir machen einen weiteren Aufschlag in den von mir genannten Bereichen, nämlich der Prävention und der Bekämpfung des Salafismus in den Justizvollzugsanlagen. Wir würden uns über eine breite Zustimmung freuen. Wir werden diesem Haushalt jedenfalls gerne zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Kränzlein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bausback, Sie hatten ja ein trauriges Schicksal, bevor Sie in diesen Landtag kamen. Sie mussten als Professor in Wuppertal leben. Aus CSU-Sicht liegt Wuppertal sozusagen in Dunkeldeutschland.

(Widerspruch bei der CSU)

– So klingt es doch immer, wenn Sie NRW erwähnen. – Sie haben dann jetzt wieder allen Grund, das Hohelied auf Bayern zu singen, wie wir es heute schon gehört haben. Da ich Ministrant war, und zwar leidenschaftlicher Ministrant, und während dieser Zeit einige Erfahrungen mit dem Weihrauchern gemacht habe, weiß ich, dass das Schlimmste die Selbstbeweihräucherung ist. Das trübt nämlich den Blick auf die vorhandenen Probleme, und davon gibt es genügend. Ihr Justizhaushalt ist ein Beispiel dafür.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Etwas mehr Empathie!)

Er ist ein Haushalt mit wenig Licht und mit sehr viel Schatten. Ich will vorweg – damit stelle ich das Angenehme an den Anfang – einen Dank an all diejenigen aussprechen, die bei den Gerichten und bei den Staatsanwaltschaften im Vollzug und im Ministerium arbeiten und gute Dienste leisten. Sie tragen zu einem hohen Stellenwert der bayerischen Justiz in der Öffentlichkeit bei. Darüber sind wir uns sicher einig. Die Anträge, die wir stellen, stellen wir nicht, weil wir die Opposition sind und gewaltsam Opposition betreiben wollen.

(Zuruf von der CSU: Doch, doch!)

Die Anträge resultieren aus der Rücksprache mit den Interessenverbänden, mit den Gewerkschaften und denjenigen, die vor Ort den Blick auf die Probleme richten und uns die diese Probleme genauso unterbreiten wie Ihnen. Wir gehen darauf ein. Ich will mit der Personalfrage beginnen und diese ganz kurz streifen. Sie wurde bereits im Fachausschuss, dem Haushaltsausschuss, sehr detailliert angegangen. Es sprechen

aber ganz wichtige Gründe dafür, die Personalsituation zu beleuchten. Sie ist nicht so gut, wie sie von Ihnen jetzt dann dargestellt werden wird.

Wir wissen, dass der Richterverein die Qualität der Arbeit gefährdet sieht, da Personalmangel Einbußen bei der Qualität bedeutet. Das wiederum bedeutet Schaden für den Rechtsstaat. Diese Personalmängel werden gesehen. Außerdem können Haftentlassungen wegen zu langer Verfahrensdauer nicht abgeschafft werden. In der Öffentlichkeit wird diese Tatsache dann ganz schnell auch als Politik- und Systemversagen gebrandmarkt. Hier müssen wir einen Riegel vorschieben, indem wir die Gerichte und die Staatsanwaltschaften so ausstatten, dass dies nicht vorkommt.

Noch gravierender ist, dass wir inzwischen erhebliche Verzögerungen beim Rechtsschutz haben. Die Zeiten werden immer länger, bis Entscheidungen fallen. Das wird an den Landgerichten und Oberlandesgerichten besonders deutlich. Das ist den Bürgern nicht zuzumuten. Das ist für den Rechtsstaat nicht gut. Diese Verzögerung beim Rechtsschutz bringt Unzufriedenheit und schürt Staatsverdrossenheit. Die Justiz in Bayern ist ein Standortfaktor. Wenn die Justiz gut ist, dann ist das gut für den Standort. Für Unternehmer und Bürger ist das ein Qualitätsmerkmal für eine funktionierende Demokratie. Der Richterverein weist weiter darauf hin, dass wir eine Spezialisierung und eine Stärkung des Kammerprinzips bräuchten. Dort muss ein Gegengewicht geschaffen werden. Es gibt Leute mit großen finanziellen Mitteln, die, wenn sie vor Gericht stehen, sich teure Verteidiger und Berater leisten können und damit andere Möglichkeiten haben als andere. Hier muss adäquat dagegen gehalten werden. Es gibt die Beispiele wie Ecclestone, Engelhorn usw. Solche Schwächen sind aufgrund der nicht hinreichenden Spezialisierung und der unzulänglichen Unterstützung der Kammern entstanden. Diese Schwächen sehen wir.

Große Sorgen muss Ihnen und uns der Servicebereich machen. Ohne funktionierende Zuarbeit arbeitet auch die Rechtsprechung nicht perfekt. Besonders schlimm sieht es im Moment bei den Gerichtsvollziehern aus. Wenn Leute titulierte Forderungen haben, dann haben sie einen Anspruch darauf, dass ihre Forderungen schnell durchgesetzt

werden. Das findet aber nicht statt. In diesem Bereich gibt es zu wenig Nachwuchs. Die Gerichtsvollzieher haben in einer nachvollziehbaren Weise bei uns darüber geklagt, dass sie im Schatten des Justizministers stünden und nicht die entsprechende Unterstützung hätten. Außerdem gibt es wichtige neue Herausforderungen, die die Justiz auch meistern muss. Hier seien nur die Bekämpfung der Cyberkriminalität und die Tausende von Vormundschaftsverfahren für unbegleitete Jugendliche genannt. Aber es gibt noch viel mehr.

Deshalb haben wir Stellenmehrungen gefordert, die über das hinausgehen, was Sie vorher erwähnt haben. In Ihrer Vorlage gibt es zwar auch einen gewissen Aufwuchs an Stellen, aber dieser ist eben nicht genug. Wir haben bei den Richtern und Staatsanwälten 150 Stellen gefordert. Wir haben bei den Justizoberwachmeistern, Bewährungshelfern, Gerichtsvollziehern, Rechtspflegern und -anwärtern und bei den Justizsekretären und -anwärtern mehr Stellen gefordert. Für diese Stellenforderungen ist übrigens nach der Genderkorrektheit auch die weibliche Form bindend. Wir haben dafür die entsprechenden Anträge gestellt. Außerdem haben wir den Wegfall diverser kw-Vermerke gefordert.

Auch beim Strafvollzug haben wir genau hingeschaut. Sozialinspektoren, die im Strafvollzug Sozialdienste organisieren, fehlen. Regierungsinspektoren, Obersekretäre und vor allem Oberwerkmeister fehlen. Das hat viel mit Resozialisierung zu tun. Es fehlen die Leute, die als Handwerker und Meister in der freien Wirtschaft sehr viel mehr verdienen, wenn sie mit Privatkunden arbeiten, als wenn sie in der Justizvollzugsanstalt arbeiten. All diejenigen, die dort fehlen, reißen eine Lücke für die armen Gefangenen hinsichtlich der Hinführung zu Arbeit und zu einem Leben in Freiheit. Diese Gefangenen erfahren in den verschiedenen JVs nicht mehr genügend Anleitung.

In diesem Bereich ist mir auch wichtig zu betonen, dass vor allem bei den Krankenpflegern und Krankenschwestern nichts gemacht wurde. Das ist ein Skandal. In den Justizanstalten haben wir teilweise zu wenig Personal. Außerdem sind die Krankenpfleger und Krankenschwestern unterschiedlich auf die einzelnen Justizanstalten ver-

teilt. Es gibt große Anstalten, die oftmals deutlich weniger Personal als kleine Anstalten haben. Es gibt dort keinen funktionierenden Nachtdienst. Oftmals gibt es überhaupt keinen Nachtdienst. Auch gibt es keinen Wochenenddienst. Das belastet wiederum die Justizwachtmeister. Diese müssen die Gefangenen zu Krankenhäusern oder zu niedergelassenen Ärzten bringen. Aber diese sind wiederum so schwach besetzt, dass diese Leistungen nicht erbracht werden können. Insofern wurde eindringlich an Sie appelliert, etwas zu machen. Aber geschehen ist nichts, obwohl es eine entsprechende Zusage von Ihnen gibt. Unser Antrag, 40 Planstellen zu schaffen, wurde abgelehnt.

In einem interessanten Zeitungsartikel vom August 2016 schreibt Heribert Prantl über den Strafvollzug im Süden und im Norden der Republik. Wer immer in einem JVA-Beirat sitzt, kann es nachverfolgen. Prantl sagt, im Süden der Republik seien Sicherheit und Abschreckung vorrangig, Wiedereingliederung spiele eine untergeordnete Rolle. Prantl bringt dies anhand vieler Beispiele ziemlich genau auf den Punkt, beginnend bei den Besuchszeiten bis zum offenen Vollzug und zu den hier bereits länger diskutierten Themen wie die mögliche IT-Nutzung im Gefängnis. Diese Schwachstelle erscheint insofern verständlich, als man damit in der Öffentlichkeit nicht punkten kann. Es gibt keinen Beifall, wenn man sich in einem neuen Anlauf für eine verbesserte Resozialisierung stark macht. Aber das ist der einzige Weg, um Kriminalität dauerhaft reduzieren zu können. Da fehlen wirklich alle Impulse.

Sie haben auch einmal geltend gemacht, dass Sie durch verschiedene Verlagerungen mithelfen, in Bayern Strukturpolitik und Heimatstrategie zu betreiben. Im Grundbuchwesen oder Ähnlichem gab es in der Tat die eine oder andere Verlagerung. Dafür verschweigen Sie, dass in der Vergangenheit mindestens 35 Amtsgerichte oder Dependancen, also 35 Einrichtungen der öffentlichen Hand, aufgelöst wurden, die für die jeweiligen Orte wichtig waren. Sie sind nicht die Erfinder einer vernünftigen Strukturpolitik. Ich bin mir sicher, dass Sie vorher das Einsparen all dieser Stellen gefeiert und sich selber gerühmt und beklatscht haben, wie toll diese Einsparungen sind. Jetzt

sehen Sie die Gegenstrategie als das Alleinseligmachende. Sie können für die Strukturpolitik etwas tun, indem Sie einen Teil dieser Amtsgerichtsstandorte wieder öffnen. Damit haben Sie auch für die Heimatstrategie etwas erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt noch folgenden weiteren interessanten Beitrag, warum bei Ihnen keine ausreichende empathische Heranführung von Strafgefangenen an ein Leben in Freiheit möglich ist. "Gnadenbringende Weihnachtszeit" stand in der Zeitung. In fast allen Bundesländern werden die Leute etliche Wochen vorher entlassen, in Bayern wartet man dagegen offensichtlich auf den Tag vor Heiligabend. Das heißt, die Leute werden in einem Moment entlassen, in dem sie zum Beispiel bei der Wohnungssuche und bei Behördengängen keine Ansprechpartner mehr finden. Fast die ganze Republik macht das anders. Nur in Bayern und Sachsen geht man davon aus, dass der Entlassungstermin einen Tag vor Weihnachten ausreichend sei. Das ist eine traurige Geschichte. Diesbezüglich wird zu Recht ein großer Jurist, nämlich Gustav Radbruch, genannt, der diesen Weg der Gnade ein "gesetzloses Wunder" innerhalb der juristischen Gesetzeswelt nennt. Dieses Wunder der Gnade ist in Bayern offensichtlich nicht vorgesehen.

Diese Praxis bringt viele unnötige Härten mit sich. Kein Mensch nimmt diese Härten wahr, nur die paar Betroffenen. Aber es ist eigentlich eine bittere Geschichte; denn die Leute kommen heraus, aber Sie tun nichts für die Entlassenenfürsorge. Wir haben dazu Anträge gestellt. Es wird viel zu wenig Nachsorge betrieben. In den ersten Wochen und Monaten ist die Zahl der Rückfälle und der Gefährdungen der Entlassenen am höchsten. Aber von Ihnen wird nichts getan. Ein Übergangsmanagement wäre notwendig, das gibt es aber nicht.

Ein besonders trauriges Kapitel ist der Opferschutz. Aus gut erwogenem Grund haben wir uns im Ausschuss sehr genau über Stalking unterhalten und darauf hingewiesen, dass nicht nur Strafrechtsänderungen, sondern auch Beratungsstellen notwendig sind. Wir haben momentan allenfalls auf ehrenamtlicher Basis eine Beratung für Stalking-

Opfer. Diese Stellen müssen sich jeden Euro mühsam zusammenkramen. Daher haben wir zu wenig Beratung und Hilfe, was für die Opfer schrecklich ist; denn die Folgen der Tat sind nach der Verurteilung des Täters nicht aus der Welt geschafft. Oft werden gerichtliche Auflagen nicht eingehalten und geht die Belästigung weiter, verbunden mit schweren psychischen Belastungen. Überall da werden die Entlassenen und die Beratungsstellen, die momentan ehrenamtlich und freiwillig ohne entsprechende Hilfe arbeiten, allein gelassen.

Wir haben es hier mit einer Deliktform zu tun, die in ihrer Dimension und neuen Form durchaus in die höchste Gefährlichkeitsstufe hochgerutscht ist, weil es dort bereits zu Totschlagsdelikten gekommen ist. Dort wollen wir deutlich mehr machen als Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich am Ende noch auf ein paar Kleinigkeiten zu sprechen kommen, die mir auffallen. Auch im Bereich der Forschung, in dem Sie die Justiz ein Stück weit voranbringen könnten, haben Sie alles abgelehnt. Wir haben bei gerichtlichen Verfahren, etwa bei vormundschaftlichen Verfahren an Familiengerichten, ein Gutachterunwesen. Die Pressemeldungen überschlagen sich: Verfahren sind zu schnell, Gutachten zu schludrig und teilweise falsch erstellt. Zu sagen, da sind wir nicht zuständig, ist, ehrlich gesagt, zu kurz gegriffen.

(Zuruf von der SPD: Das ist dringend notwendig!)

Wir haben beantragt, die Richter und Staatsanwälte auf diesem Gebiet zu schulen und Forschungsvorhaben in Gang zu bringen, damit alle diese Fehltritte, die auf Fehlgutachten zurückzuführen sind, endlich angegangen werden. Wir haben für den Strafvollzug die Evaluierung von Jugendarresten und Alternativen zum Jugendstrafvollzug angemahnt. Aber bei Ihnen stößt so eine Forderung prinzipiell auf taube Ohren.

Die Frage, was mit Ersatzfreiheitsstrafen geschieht, ist ebenfalls ein ziemlich trauriges Kapitel, weil es vor allem diejenigen trifft, die niemanden im Hintergrund haben, um

Geldstrafen zu zahlen. Die Technik "Schwitzen statt Sitzen" ist eine vernünftige Sache. Aber dazu bedarf es gemeinnütziger Träger, die Mittel brauchen. Wenn dafür keine Mittel bereitgestellt werden, fehlen diese Träger. Dann ist das Verfahren, das wir planen und Sie mittragen, nicht möglich; dann läuft das Ganze ins Leere. Auch dazu haben Sie unsere Anträge ohne Not und ohne Sinn abgelehnt.

Lassen Sie mich schließlich Folgendes sagen: Der Ministerpräsident hat am Anfang dieser Legislaturperiode in seiner Regierungserklärung angekündigt, im Dialog mit der Justiz ein Gesetz zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren vorzulegen. Vielleicht können Sie uns erklären, was er damit gemeint hat und was Sie gedenken, da auf den Weg zu bringen. Das kann allenfalls eine Bundesratsinitiative sein. Wir können uns nicht vorstellen, wohin diese Reise gehen soll. Das ist ein Versprechen ohne Basis.

Herr Minister, lassen Sie mich auch noch sagen, dass in Ihrem Haus die Prüfung von Gesetzen offensichtlich nicht ordnungsgemäß stattfindet. Da haben Sie meines Erachtens eine ganz persönliche Verantwortung.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, nicht ich arbeite gegen Sie, sondern die Uhr.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Dies sind meine letzten Bemerkungen, dann komme ich zum Ende.

Präsidentin Barbara Stamm: Packen Sie es dann in die Antwort auf eine Zwischenbemerkung.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Genau. – Sie haben bei der Bürgerbefragung ein verfassungswidriges Gesetz nicht entsprechend beanstandet, und Sie haben gegen das Integrationsgesetz, das nicht nur von seinen Motiven und Zielen her fragwürdig, sondern wahrscheinlich auch in seiner Machart sogar teilweise verfassungswidrig ist, kein Veto eingelegt. Das ist Ihre persönliche Verantwortung.

Der vorgelegte Haushalt dieser Regierung enthält in diesem Bereich einige Verbesserungen. Alles andere wäre auch ein Skandal. Die Zustimmung der CSU-Fraktion zu unseren Anträgen hätte den Einzelplan Justiz zu einem guten Haushalt gemacht. Sie haben wieder einmal eine Chance vertan.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Guttenberger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bevor man das Rednerpult verlässt, ist es vielleicht gut, darauf zu achten, ob eine Zwischenbemerkung ansteht. Darauf wollte ich hinweisen. – Frau Kollegin Guttenberger, bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Kränzlein, ist Ihnen bekannt, dass Stalking-Opfer bei der Polizei eine Beratungsstelle vorfinden, die mit Fachbeamtinnen und Fachbeamten ausgestattet ist? – Dort wird eine Beratung angeboten.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Kollegin, ich bin gerne und oft bei Polizeiinspektionen zu Gast und weiß, wie deren Personalausstattung aussieht. Ich weiß, dass dort die notwendige Beratungsleistung bei Weitem nicht gewährleistet ist. Das sieht die Polizei selber. Opfer sollten nicht erst ab dem Moment, in dem ein Schaden bereits eingetreten ist, beraten werden. Fachveröffentlichungen ist zu entnehmen, dass die Betroffenen schon zu Beginn, wenn sie den Eindruck haben, dass demnächst etwas passiert, bestimmte Informationen erhalten sollten, mit denen ihnen bestimmte Wege aufgezeigt werden. Übrigens erkennen die Täter sehr wohl im Vorfeld, dass sie krankhafte Neigungen haben. Deshalb ist es wichtig, den Tätern anonymisierte Anlaufstellen zur Verfügung zu stellen, damit man so auf sie einwirken kann.

Schauen Sie sich bei der Polizei um. Wenn Sie glauben, dass reicht, was hier bisher geschieht, haben Sie die Probleme bisher nicht hinreichend erkannt. Das tut mir leid.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kränzlein. Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Streibl das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Recht ist die in der staatlichen Gemeinschaft herrschende Ordnung. Unsere Ordnung in Bayern ist die Demokratie. Die Demokratie baut auf der Freiheit und der Gleichheit des Menschen auf. Die Freiheit ist ein Wesensmerkmal des Menschen und der Sinn der Politik. Diese Grundlagen müssen in einer Demokratie verteidigt und geschützt werden. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie in Bayern, gerade in diesen Zeiten. Garant für diese Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung und damit Garant für die Demokratie ist letztendlich das Recht. Die Hüterin unserer Werte ist am Ende die Justiz. Daher möchten wir als FREIE WÄHLER all denjenigen, die sich in der Justiz verdient machen, dort arbeiten und unter der hohen Arbeitsbelastung leiden, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Tagtäglich setzen sich unzählige Richter, Staatsanwälte, Servicekräfte, Rechtspfleger, Justizfachwirte, Justizwachtmeister, Gerichtsvollzieher, Bewährungshelfer, Sozialhelfer, aber auch Rechtsanwälte für unsere rechtliche Ordnung in Bayern ein. Ihnen allen gilt ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Dank allein genügt nicht. Wir in diesem Haus müssen ebenfalls klare Signale im Haushalt setzen. Wir müssen die Wertschätzung zur Geltung kommen lassen und eine Personalmehrung in der Justiz vornehmen. Herr Justizminister, die 397 Stellen, die neu geschaffen werden, sind alle ehrenwert und richtig. Das geht in die richtige Richtung. In den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten hat man jedoch Stellen abgebaut und eingespart. Das muss man langsam wieder aufholen. Wir müssen auf einem Personalstand kommen, mit dem man vernünftig arbeiten kann.

Bei genauer Betrachtung des Doppelhaushalts sieht man, dass der Schwerpunkt eindeutig auf der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung liegt. Das erkennen wir an. Das halten wir angesichts der Anschläge in Würzburg und Ansbach für notwendig. Wir müssen terroristischer Bedrohung durch den Rechtsstaat Grenzen setzen und einschreiten. Meine Damen und Herren, das ist für uns der richtige Weg. Diesen Bereich darf man nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus muss die Personalsituation noch deutlicher verbessert werden. Nach der Personalbedarfsberechnung aus dem Jahr 2015 fehlten bayernweit immer noch 366 Staatsanwälte und Richter. Es hat Auswirkungen auf das Strafrecht und das Zivilrecht, wenn Verfahren und Prozesse überlang dauern. Das beschädigt letztendlich auch den Wirtschaftsstandort Bayern. Wenn ein Handwerker, eine Firma oder ein Unternehmer Recht sucht und lange warten muss, bis Klarheit und Rechtssicherheit geschaffen werden, ist das ein Malum für unseren Standort. Deshalb brauchen wir mehr Richter und Staatsanwälte.

Darüber hinaus müssen unsere Richter weitergebildet werden. Sie benötigen weitere Fortbildungen, damit sie einer zunehmend erstarkenden Fachanwaltschaft adäquat entgegentreten können. Derzeit wird beobachtet, dass aufgrund des häufigen Richterwechsels in verschiedenen Ressorts die Qualität leidet. Die Qualität in der Rechtsprechung fehlt, wenn den Richtern hochausgebildete und fortgebildete Fachanwälte gegenüberstehen. Unserer Meinung nach muss man an dieser Stelle nachbessern. Aus diesem Grund sind 12 Stellen für Richter und 20 Stellen für Staatsanwälte unserer Meinung zu wenig. Wir fordern deshalb 100 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern ebenfalls Stellenhebungen bei den Justizfachwirten. Zu den 80 neuen Anwärterstellen, die Sie für die Rechtspfleger schaffen, fordern wir 20 weitere Stellen;

denn nach der derzeitigen Berechnung fehlen in Bayern 271 Rechtspfleger. Das sind ungefähr 15 %. Sie sind für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte zuständig. Diese müssen die Rechtspfleger betreuen. Auf die Rechtspfleger kommt somit eine Mehrbelastung zu. Deshalb brauchen wir mehr Rechtspfleger, die diese Arbeit leisten können. Sonst gerät der Justizapparat ins Stocken. Das darf unserer Meinung nach nicht passieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind außerdem der Ansicht, dass die Zahl der Bewährungshelfer erhöht werden muss. Wir brauchen 40 zusätzliche Stellen, um ein Übergangsmanagement zu schaffen, das den Namen verdient. Wir hoffen, dass die Staatsregierung das umsetzt. Auf diese Weise können die Rückfallquoten vermindert werden.

Die Schaffung von mehr Sicherheit in den Gerichtsgebäuden ist Gott sei Dank in Angriff genommen worden. Die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden sollte jedoch in staatlicher und nicht in privater Hand liegen. Deshalb brauchen wir mehr Justizwachmeister. Wir fordern 90 zusätzliche Stellen.

Darüber hinaus fordern wir weitere Stellen für Sozialpädagogen in den Justizvollzugsanstalten. Derzeit ist ein Sozialpädagoge für 100 Gefangene zuständig. Von einer Resozialisierung kann man in diesem Fall nicht sprechen. Deshalb brauchen wir 30 weitere Stellen.

Meine Damen und Herren, obwohl ein großer Schwerpunkt auf das Personal in der Justiz gelegt worden ist, muss ich sagen: Die Justiz lebt nicht nur vom Personal. Man darf die Sachmittel nicht aus den Augen verlieren. Wenn man so manchen Gerichtssaal im Bayern betritt, fühlt man sich in die lauschigen Fünfzigerjahre zurückversetzt. Der Zustand der Justizgebäude ist Ausdruck der Wertschätzung des Staates gegenüber der Justiz als dritter Gewalt. Außerdem ist er ein Zeichen an den Bürger, der dort Recht sucht. Wenn der Bürger in einen fast historischen Gerichtssaal kommt, entsteht nicht unbedingt der Eindruck, dass unsere Justiz modern, schlagkräftig und bürgernah

ist. Deshalb sind mehr Mittel für Nachbesserungen erforderlich. Im Zusammenhang mit den E-Akten möchte ich darauf hinweisen, dass wir insbesondere in den Sitzungssälen beispielsweise das Bayern-WLAN zur Verfügung stellen sollten, damit Richter, Staatsanwälte und die Anwaltschaft auf das WLAN-Netz zugreifen können. Ihre Arbeit verlagert sich immer mehr ins Elektronische. Herr Minister, ich hätte hier eine ganz große Bitte, die auch von der Anwaltschaft geäußert wurde: Sorgen Sie bitte für eine ausreichende Zahl von Steckdosen in den Gerichtssälen, damit die dort Arbeitenden, auch die Staatsanwaltschaft und die Richter, Computer und Laptops anschließen können, die sie für ihre Arbeit brauchen. Das ist ein ganz großer Malus. Sie könnten hier mit einer kleinen Geste und wenig Einsatz sehr viel für die Justiz in Bayern bewirken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

WLAN und ein Breitbandnetz müssen in Bayern flächendeckend vorhanden sein. Das ist auch für eine funktionierende Justiz erforderlich. Im großstädtischen Raum funktioniert dies bereits. Wir brauchen aber auch auf dem Land, wo viele Anwälte leben und arbeiten, ein schnelles Internet, damit der Rechtsverkehr funktionieren kann.

Der § 147 StPO gewährt einem Angeklagten oder einem Untersuchungshäftling die Möglichkeit der Akteneinsicht, um sich auf den Prozess vorzubereiten. Nicht dienlich ist es aber, wenn dem Angeklagten die Akten in Form von CDs gegeben werden, er aber kein Lesegerät besitzt, um diese Akten lesen zu können. Hier müsste Abhilfe geschaffen werden, damit diese Personen die Möglichkeit haben, sich adäquat verteidigen zu können.

Die genannten Punkte sind für mich Ausdruck für die Wertschätzung der Justiz, aber auch Ausdruck für eine moderne und funktionierende Justiz. Herr Minister, unsere Bitte lautet: Bessern Sie hier nach! Teilweise geht es nur um Kleinigkeiten, die aber für einen funktionierenden Justizapparat absolut notwendig und zeitgemäß wären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Gote das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten, in denen wir fast täglich in Öffentlichkeit, Medien und Politik den so fatalistischen Satz hören müssen, die Welt sei aus den Fugen geraten, ist es gut, sich zu vergewissern, in welcher Welt wir hier in unserem Lande leben können. Ich halte diesen Satz übrigens für falsch. Nein, die Welt ist nicht aus den Fugen geraten. Wir sind dem Erstarken der Rechtspopulisten und der Demokratiefeinde, der Bedrohung durch Terror, dem Armuts- und Flüchtlingselend, der Klimakatastrophe und den Kriegen nicht hilflos ausgeliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können handeln, wir können etwas tun! Wir in Deutschland und in Bayern haben das Glück, in einer funktionierenden Demokratie zu leben, in der es gute Verfassungen gibt und in der die Menschenrechte nicht nur auf dem Papier gelten. Wir leben in einem Land, in dem Gewaltenteilung herrscht und praktiziert wird und in dem sich auch die Regierung an die Verfassung halten muss, auch wenn man dies manchmal einklagen muss.

Welch ein Glück und Welch ein Auftrag zugleich, dies zu verteidigen! Deshalb nutze ich heute die Gelegenheit, allen zu danken, die unseren Rechtsstaat in dieser guten Form am Laufen halten. Ich danke allen in der Justiz Beschäftigten, den Richtern und Richterinnen, den Staatsanwälten und Staatsanwältinnen, den Justizvollzugsbeamten und -beamtinnen, den Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen, den Rechtspflegern und Rechtspflegerinnen, den Bewährungshelfern und Bewährungshelferinnen, den Gerichtsvollziehern und Gerichtsvollzieherinnen und allen, die in der Justiz arbeiten. Allen diesen Personen gilt unser Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Justizpolitik der GRÜNEN steht für die Wahrung und Förderung einer unabhängigen, effizienten und selbstständigen Justiz. Unsere Rechtspolitik richtet sich an den Grundsätzen der Verfassung aus. Nur eine gut ausgestattete Justiz ist in der Lage, dem Rechtsuchenden schnell und gerecht zu helfen. Ganz oben stehen für uns die Grundrechte jedes Menschen unabhängig vom jeweiligen Geschlecht, seiner Lebenssituation, seiner Herkunft oder seiner körperlichen, geistigen und seelischen Verfassung. Im Jugendvollzug steht für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund; schließlich wollen wir keine "Knastkarrieren" fördern. Im Erwachsenenvollzug geht es uns um die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft; denn eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die Diskussion über Gewalt wird besonders nach drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht verengt. Doch anstatt nach drakonischen Strafen zu rufen, bräuchten wir dringend eine Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Justiz ist die Grundlage für unseren Rechtsstaat und damit für die Sicherheit der Freiheits- und Bürgerrechte. Auch jede wirtschaftliche Betätigung fußt auf dem Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Justiz. Darum ist eine gute personelle und sachliche Ausstattung der Justiz unverzichtbar. Die Eingaben der Verbände, die zu diesem Haushaltsentwurf eingegangen sind, und viele Briefe von Bürgerinnen und Bürgern sowie zahlreiche Petitionen, die wir über die Jahre im Verfassungsausschuss behandelt haben, zeigen deutlich auf, dass Sie und Ihr Haushaltsentwurf diesem Anspruch nicht gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In vielen Bereichen der Justiz fehlt Personal. Dies führt zu großen und oftmals übermäßigen Belastungen für die Beschäftigten. Die unseligen Stoiber-Sparjahre haben große Wunden gerissen. Die Folgen sind noch längst nicht bewältigt. Auch wenn es in den letzten Jahren Verbesserungen gegeben hat und auch wenn Sie den Mehrbedarf

nicht leugnen, bleiben doch immer noch große Lücken. Es bleibt noch viel zu tun. Hinzu kommen stetig neue Belastungen der Justiz. Ich nenne nur zwei, nämlich die Umstellung auf neue Verwaltungsverfahren im Zuge der Digitalisierung und die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Justiz. Das alles bringt neue Herausforderungen und mehr Arbeit. Außerdem ist durch den anhaltenden Zuzug nach Bayern von mehr Verfahren in allen Rechtsbereichen auszugehen. Mängel der Bundesgesetzgebung im Sozial- und Asylrecht führen zu einer Vielzahl von Gerichtsverfahren.

Die Vorbeugung gegen Gewalt und eine gelungene Wiedereingliederung nach einer Straffälligkeit sind für uns ganz wesentliche Aufgaben, die die Justiz leisten muss. Bei unseren Änderungsanträgen zum CSU-Haushalt haben wir uns auf diese Schwerpunkte, die ich gerade umrissen habe, beschränkt. Wir haben nur zehn Änderungsanträge gestellt. Unser Haushalt wäre grundsätzlich anders ausgerichtet und würde andere und sinnvollere Schwerpunkte setzen. Es wäre müßig, all dies in einzelne Änderungsanträge zu packen. Wir haben das in der Globaldebatte schon ausgeführt. Aber die Anträge, die wir gestellt haben, sollten Sie zum Nachdenken bringen und Sie motivieren, an einigen wichtigen Stellen noch nachzubessern.

Wir fordern in unseren Änderungsanträgen an mehreren Stellen Verbesserungen und die Schaffung neuer Stellen. Insbesondere bei der Sozialarbeit, im Justizvollzug und bei der Bewährungshilfe könnten neue Stellen die Situation verbessern, einen Beitrag zur Resozialisierung leisten und damit weitere Straftaten verhindern. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger würde damit weiter verbessert.

Wir beantragen auch wieder die Auflegung eines Justizopferentschädigungsfonds. Die von Herrn Minister Professor Dr. Bausback wiederholt beschworene Fehlerkultur in der Justiz muss endlich Wirklichkeit werden. Sie muss dem Umstand gerecht werden, dass es tatsächlich Fehlurteile gibt, auch hier in Bayern, und dass es davon Betroffene gibt, denen mit den bisherigen Entschädigungsgesetzen nicht ausreichend geholfen wird. Ein solcher Fonds würde weder die Gewaltenteilung durchbrechen noch die

Rechtskraft von Urteilen infrage stellen. Damit sollen nur die materiellen Folgen einiger Fehler gemildert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sehr verehrte Staatsregierung, es mag ja mehr Vergnügen machen, für Steuergeld Mittel-, Höhe- und Tiefpunkte oder neue WLAN-Hotspots einzuweihen. Man bekommt leichter Applaus, wenn man neue Lehrerinnen und Lehrer einstellt. Ihr Klientel – davon scheinen Sie jedenfalls überzeugt zu sein – steht wohl eher auf neue Straßen. Kolleginnen und Kollegen, Investitionen in die Ausstattung der Justiz mögen auf den ersten Blick nicht so charmant überkommen; aber sie lohnen sich. Sie helfen uns, unsere Demokratie zu verteidigen und zu stärken. Das ist unser Auftrag, dem wir und dem auch Sie mit Ihrem Haushalt gerecht werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Wittmann das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal vielen Dank: Ich habe das Gefühl, in diesem Haus gibt es doch eine sehr einheitliche Meinung darüber, dass sich die Sicherheit, die wir im Polizeibereich herstellen können, auch im Recht fortsetzt. Ich glaube, das ist schon einmal ein guter Konsens, den wir an dieser Stelle haben. Wie Sie wissen und wie Sie am Haushalt, den der Justizminister vorgelegt hat, sehen konnten, haben wir die Schwerpunkte auf Recht, Sicherheit, Ordnung und auf die Salafismusbekämpfung gelegt.

Sie haben, Kolleginnen und Kollegen von den Oppositionsparteien, zu Recht eingefordert, dass es natürlich wünschenswert wäre, auch in anderen Bereichen noch mehr Stellen zu haben. Wer würde das nicht sagen! Der Justizminister wäre wohl der Erste, der, wenn er aus einem großen Topf frei wählen dürfte, sich von überall gerne noch

Stellen hinzuholen würde. Das ist verständlich und richtig, und insoweit mögen Sie da ein gewisses Verständnis haben. Ich darf aber an der Stelle auch anführen, dass wir seit 2013 mehr als 1.000 neue Stellen im Polizeibereich geschaffen haben. Das ist ein außergewöhnlicher Zuwachs, der hier erfolgen konnte. Ich darf dem Staatsminister für Justiz hier ganz herzlich danken. Lieber Herr Prof. Bausback, es ist ganz ausdrücklich Ihr Verdienst und das Ihres Hauses, dass Sie auf Ihre ruhige Art und mit erheblichem Nachdruck genau dafür gesorgt haben.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht darf ich hier ein Argument, das heute noch öfter auftauchen wird, an dieser Stelle einmal ansprechen: Natürlich waren die von Ihnen sogenannten Stoiber-Jahre in allen Bereichen ein bisschen schwierig. Aber überlegen Sie mal, wo wir wären, wenn wir das nicht gemacht und durchgestanden hätten.

(Beifall bei der CSU)

Wir hätten einen Haushalt, der keine Schulden tilgen kann.

(Horst Arnold (SPD): Landesbankdesaster!)

– Das langweilt inzwischen ja schon fast, Herr Arnold.

(Horst Arnold (SPD): Sie langweilen auch! 10 Milliarden!)

Wir hätten einen Haushalt, der nicht in der Lage wäre, diese Stellen langsam wieder aufzubauen. Wir hätten einen Haushalt, der nicht in der Lage wäre, die Anstrengungen, die wir im Moment brauchen, um die Herausforderungen durch die Flüchtlinge zu bewältigen, zu stemmen. Nichts davon könnten wir! In Ihren eigenen Bundesländern können Sie das beobachten. Ja, es waren schwere Jahre, aber ich glaube, wir haben sie gut bewältigt. Wir können Bayern auf einem soliden Finanzfundament gut weiter ausbauen. Darauf sind wir stolz. Ich glaube fest daran und bin mir ganz sicher, dass wir es als erstes Bundesland schaffen werden, schuldenfrei zu sein. Das bedeutet

auch eine Investition in Sicherheit und in den Rechtsfrieden für unsere Kinder und unsere Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Weil wir schon bei den Beispielen sind und damit Sie wissen, wie sich die Größenverhältnisse ausdrücken, darf ich hier gleich eines mitanfügen: In Baden-Württemberg gibt es 450 Justizwachtmeister, in Bayern 1.045. Wenn Sie mir also nochmal mit der Kritik kommen, hier wäre so runtergekürzt worden, dann frage ich mich, was eigentlich in den anderen Ländern passiert, gerade jetzt, da Justizpersonal nötiger ist als je zuvor.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Der Justizhaushalt insgesamt steigt derzeit weiter. Wir werden im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 eine Steigerung um fast 80 Millionen auf rund 2,3 Milliarden in diesem Bereich haben.

Meine Damen und Herren, das ist ein wirklich ausdrucksvoller Beweis dafür, dass bei uns die Sicherheit nicht nur im Polizeiwesen vollzogen wird, ein Beweis vor allem für die Bevölkerung, dass rechtswidriges Verhalten Konsequenzen in Bayern hat und dass es hier eine klare Abschichtung gibt.

Da muss ich an dieser Stelle eines erwähnen, Frau Kollegin Gote. Ich bin von Ihren Ausführungen ein bisschen irritiert. Sie kommen auch mit Stellenmehrungen. Ich schaue in den Stellenplan und stelle fest: Sie haben exakt null weitere Richter gefordert, und Sie haben exakt null weitere Staatsanwälte gefordert, aber Sie fordern einen hohen Aufschlag im Bereich der Bewährungshelfer und der Sozialpädagogen. Es mag ja wünschenswert sein, dass jedem Gefangenen jemand an die Seite gestellt werden könnte, der ihn emphatisch begleitet. Mir ist es noch wichtiger, dass diejenigen, die etwas angestellt haben, erst einmal hinter Schloss und Riegel kommen.

(Beifall bei der CSU)

Da wir beim Punkt der Personal- und Stellenausstattung im richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst sind, darf ich Ihnen nochmal in Zahlen benennen, wie wir die Ausstattung jetzt verstärken wollen. Wir sagen: Nach den 80 neuen Stellen, die wir schon im Doppelhaushalt 2013/2014 hatten, und den 75 Stellen im Doppelhaushalt 2015/2016 werden wir nun im Nachtragshaushalt weitere 50 Stellen haben und damit bei den Richtern und Staatsanwälten auf insgesamt 250 Stellen kommen. Das, Herr Kollege Streibl, ist genau das, was wir brauchen, um Verfahren zu verkürzen. Ich bin bei Ihnen. Je kürzer ein Verfahren ist, desto effizienter und sicherer ist es für unsere Bevölkerung, und im Übrigen auch desto entlastender ist es für unsere JVs. Da sind wir uns ja alle ganz einig. Im Doppelhaushalt 2017/2018 können wir 32 weitere neue Stellen für Richter und Staatsanwälte beschließen. Dies ist der richtige Zeitpunkt für diese Maßnahme. Ich glaube, so hoffe ich jedenfalls, dass wir damit auch mit den Herausforderungen zurechtkommen, die natürlich aufgrund der nun gestiegenen Kriminalitäts- und Terrorismusrate bestehen. Wir werden versuchen, dies bestmöglich mitabzudecken.

Vielleicht auch noch einige Zahlen zu den Rechtspflegern: Sie haben auch diesen Punkt mit Recht angesprochen. Natürlich brauchen wir auch hier aufgrund der gestiegenen Herausforderungen ein Mehr. Wir werden dies mit 80 neuen Anwärterstellen im Rechtspflegerbereich, mit 20 neuen Stellen im Justizvollzug und mit 100 Anwärterstellen, die wir in Planstellen verwandeln können, tun. Dies ist ebenfalls ein Zeichen und vor allen Dingen eine richtige Maßnahme, um durch eine bessere Personalausstattung besser voranzukommen.

Schließlich haben Sie in Ihren Änderungsanträgen immer wieder die kw-Vermerke angesprochen. Dafür bin ich außerordentlich dankbar. Es ist uns möglich, die kw-Vermerke zunächst in die nächsten Haushalte weiterzuschieben. Damit können wir angesichts der steigenden Belastungen bei der Personalausstattung flexibel bleiben. Ich bin dafür der Staatsregierung sehr, sehr dankbar. Dies ist genau die Flexibilität, die wir

brauchen, und diese Flexibilität gibt es nur, weil der Haushalt gesund ist. Sonst wäre das nicht möglich.

Sie haben bei den Neueinstellungen mehrfach Hebungen gefordert, was selbstverständlich wünschenswert und immer gut für unsere Angestellten und Beamten ist. Ich darf aber erwähnen, dass wir nicht nur Einstiegsämter bei unseren neuen Stellen anbieten, sondern bereits in die Beförderungsämter gehen. Ich hoffe doch sehr, dass wir hier einiges erreichen können.

Wir haben auch den Stellenabbau nach Artikel 6b des Haushaltsgesetzes im Doppelhaushalt 2017/2018 jeweils ausgesetzt. Auch dies ist ein Zeichen dafür, dass wir Sicherheit, Ordnung und den Rechtsfrieden für unsere Bevölkerung ganz an die Spitze stellen. Wir haben vorher schon beim Innenhaushalt über "Dienst zu ungünstigen Zeiten" gesprochen. Ich will hier nur noch einmal erwähnen, dass wir das im Justizhaushalt ebenso vollzogen und durchfinanziert haben und dass wir sogar hoffen, dem Änderungsantrag der GRÜNEN folgen zu können, der eine noch weitere Erhöhung beschließen möchte. Wenn unser Haushalt so gesund bleibt, wie er derzeit aufgestellt ist, können wir vielleicht diese Hoffnung auch Realität werden lassen.

Schließlich darf ich zu etwas kommen, was der Kollege Streibl ebenfalls zu Recht angesprochen hat, nämlich zur Frage des Bauunterhalts und der Baumaßnahmen. Auch hier sind wir bei Ihnen. Aber zunächst musste einmal – das hat die Kollegin Guttenberger schon sehr schön ausgeführt – die Sicherheit in den Eingangsbereichen gestärkt werden. Hier wurde ein hoher Aufwand betrieben; denn für uns steht fest, dass es natürlich schön ist, wenn auch der Gerichtssaal schön ist, aber noch wichtiger ist, dass er sicher ist. Deshalb haben wir in allen Eingangsbereichen in einer erfolgreichen Zusammenarbeit von privaten Diensten und unserem eigenen Personal all dies verstärken können. Wir sind jetzt in diesen Bereichen, soweit man das sagen kann, wiederum das sicherste Land in Deutschland; denn nur bei uns gibt es lückenlose Eingangskontrollen in allen Gerichten. Das ist für die Bevölkerung ganz, ganz wichtig.

Insgesamt noch einmal zum Bauunterhalt: Wir haben die hohen Bauansätze bei Unterhaltsmaßnahmen von 21,8 Millionen pro Jahr weiter fortschreiben können. Überall ist zwar ein Mehr wünschenswert, aber im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ist es, glaube ich, wichtig, dass wir dieses Maß zumindest immer stetig fortführen; dann werden wir hoffentlich weiterkommen. Auch die kleinen Baumaßnahmen wurden auf ihrem hohen Niveau von 22,6 Millionen fortgeführt. Ganz wichtig ist mir zu erwähnen: Das Projekt "Bayern barrierefrei 2023" ist mit 3,3 Millionen dabei. Ich denke, das ist ganz wichtig. Jeder soll einen guten Zugang zu unseren Gerichts- und Justizgebäuden haben.

Schließlich und endlich noch zu den Hochbaumaßnahmen: Hier haben wir – und darauf sind wir, glaube ich, alle stolz – unser Strafjustizzentrum in München. Wir haben die Verpflichtungsermächtigung letzte Woche in einen Planungstitel in voller Höhe umwandeln können. Der Baufortschritt ist gut. Wir kommen im Zeitplan voran. Ich werde nicht müde zu erwähnen, dass hier etwas sehr Ungewöhnliches möglich war: Auf diesem teuren Münchner Boden konnte nun ein Drittel der Fläche durch die Konfiguration dieses Strafjustizzentrums eingespart werden, der nun für weitere Maßnahmen zur Verfügung steht. Ich glaube, dies ist ein Werterhalt, bei dem man sich angesichts der doch sehr teuren Münchner Bodenpreise sehr verantwortlich gezeigt hat. Hier bin ich sehr froh. Für diesen Neubau besteht also große Planungssicherheit.

Aber auch die Fläche kommt nicht zu kurz. Wir haben den Neubau der JVA in Marktredwitz, den Ersatzneubau der JVA in Bamberg und den Neubau der JVA in Passau. Damit sind wir schon fast quer über die Lande. Da ich aber Herrn Kollegen Pohl nickend sehe, muss ich natürlich auch den Teilneubau und die Sanierung des Amtsgerichts Kaufbeuren erwähnen. Damit auch die Oberbayern mit mir zufrieden sind, erwähne ich noch die Neubauplanung des Justizzentrums in Rosenheim. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind recht gut unterwegs. Ich darf dem Ministerium danken, dass wir das genauso machen konnten und dass auch die Fläche mit Augenmaß bedacht wird. Ich glaube, das ist eine ganz vernünftige Geschichte.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch kurz zwei bis drei Themen, die Sie aus den Fraktionen vorhin angesprochen haben, erwähnen. Da war zum einen die Frage des Justizopferentschädigungsfonds. Nun gut, da sind wir ein bisschen anderer Meinung, denn dafür steht im Regelfall die Amtshaftung zur Verfügung. Sie sollte auch so vollzogen werden. Insofern gibt es nur ganz wenige Einzelfälle, für die im Übrigen Fonds zur Verfügung stehen. Ein weiterer Fonds wäre dann einer zu viel.

Schließlich haben Sie die Krankenpflege angesprochen und gefragt, wie es hier aussieht; ich glaube, das war Herr Kollege Kränzlein. Wir haben hier sehr wohl einen Stellenaufbau, wie Sie wissen. Ich möchte hier aber noch auf etwas hinweisen, was in diesem Bereich gerne ein bisschen untergeht, auch wenn das nicht nur den Krankenbereich betrifft. Da ist zum einen die Tuberkulosestation, die wir als einziges Bundesland haben. Sie ist gerade in diesen Zeiten ganz, ganz wichtig, weil wir nicht wissen, wer bei uns ist und möglicherweise straffällig ist. Sie stellt einen besonderen Schutz für unsere Krankenpfleger und die Kräfte in diesem Bereich dar. Wir haben außerdem in diesem Bereich insgesamt 17 neue Fachstellen geschaffen. Schließlich und endlich haben wir eine sehr erfolgreiche Verknüpfung der externen Krankenhäuser mit unseren Justizstellen im Krankenbereich geschaffen. Ich glaube, mit dem vorhandenen Personal kommen wir im Moment recht gut aus. Lassen Sie mich noch etwas kurz erwähnen, zumal ich weiß, dass dies die Präsidentin freut, soweit so etwas erfreuen kann: Wir haben zwei Mutter-Kind-Einheiten für Kinder unter drei Jahren. Ich glaube, das ist gerade für die Kinder ganz besonders wichtig.

In den letzten Sekunden meiner Redezeit sage ich noch kurz etwas zu "Justiz digital". Auch hier haben Sie recht: Es ist wünschenswert und richtig, deswegen haben wir im Haushalt 2017/2018 fast 100 Millionen Euro für diesen Bereich eingestellt, davon für den Justizvollzug jährlich 2,4 Millionen Euro und für die medientechnische Ausstattung der Sitzungssäle 1,2 Millionen Euro jährlich. Schließlich seien noch die Einführung der elektronischen Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs sowie die IT-Stabilisie-

rung genannt. Ich denke, das ist ganz wichtig. Wir sind hier ganz gut ausgestattet. Noch einmal: Ein Mehr wäre auch uns immer lieber, und zu diesem Mehr dürfen Sie gerne durch gute Abstimmungen zu unseren Anträgen beitragen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt haben wir zwei Zwischenbemerkungen, zunächst Frau Kollegin Gottstein. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Wittmann, ich wundere mich etwas über Ihren Umgang mit Zahlen. Was Sie vorbringen, entspricht nicht ganz der Logik. Zunächst, zu Beginn Ihrer Rede, haben Sie sich dankbar zu den Stoiberischen Sparmaßnahmen geäußert. Sie haben argumentiert: Wir könnten das heute alles nicht stemmen, wenn wir damals das nicht zurückgefahren hätten. – Das ist aber einfach unlogisch. Wenn wir das Personal damals nicht zurückgefahren hätten, müssten wir das Personal jetzt nicht wieder aufstocken. Das heißt, wir müssten es auch gar nicht stemmen können, weil es einfach so geblieben wäre. Da beißt sich die Katze in den Schwanz; das ist gar keine Logik.

Gegen Ende der Rede haben Sie Vergleiche angestellt, beispielsweise nannten Sie 450 Justizangestellte in Baden-Württemberg und 1.000 in Bayern. Eine Grundregel der Mathematik ist aber, dass man eine Bezugsgröße braucht. Beziehen Sie die Zahlen in Baden-Württemberg und in Bayern auf die Zahl der Einwohner, auf die Zahl der Kriminellen oder auf die Zahl der Gefangenen? – Einfach nur die Zahlen 450 und 1.000 zu nennen, das sagt nichts aus. Dann nennen Sie doch Nordrhein-Westfalen, da sind es vielleicht 4.000. Das sagt doch alles gar nichts aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Mechthilde Wittmann (CSU): Also zunächst einmal, Nordrhein-Westfalen habe ich gar nicht genannt.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Nein, das habe ich erwähnt!)

Offenkundig waren Sie gedanklich ganz woanders. Dafür kann ich nichts. Was die Stellen betrifft, so darf ich den Justizminister dort zitieren, der auf Bayern verweist. Er sagt, das wäre ungefähr die Stellenzahl in Bayern, die auch in Baden-Württemberg gelten müsste. Ich gehe deshalb davon aus, dass es sich um dieselbe Bezugsgröße handelt. Im Übrigen handelt es sich um Justizwachtmeister; auch das haben Sie nicht ganz richtig mitbekommen. Die Zahl bezieht sich auf die Haftplätze, damit geht sich das ganz gut aus.

Zur Frage Stoiber und Zurückfahren: Diese Frage darf ich rhetorisch ganz einfach zurückgeben. Sie werden mir zustimmen, dass wir zu der Zeit, als diese Stellenkürzungen erfolgt sind – beziehungsweise es waren gar keine Kürzungen, sondern eine Stagnation, und zwar nicht nur in diesem Bereich, sondern auch woanders – noch gar nicht so hohe Herausforderungen durch Kriminalität und Terror hatten. Wir werden uns aber das nochmalige Darlegen der Gründe hier ersparen. Ich glaube, wir alle wissen, worin sich das begründet. Ich bin heilfroh, dass das Justizministerium, ebenso wie das Innenministerium, darauf zeitnah und sofort reagiert, um unsere bayerische Bevölkerung vor dem, was da auf uns zukommt, zu schützen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Dr. Kränzlein. Zeigen Sie mir bitte Ihr Mikrofon an? – Danke schön.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Kollegin Wittmann, manchmal ist ein Faktencheck ganz gut. Wir haben ganz schnell im Internet recherchiert und die offiziellen Zahlen gefunden, die der baden-württembergische Justizminister für die Strafvollzugsbediensteten auswirft. Sie liegen bei 2.471. Die Herkunft Ihrer Zahl haben Sie vorhin relativ dubios begründet. Vielleicht sollten wir der Geschichte aber nachgehen. Ich habe nämlich den Eindruck, dass hier ganz locker andere Bundesländer in die Pfanne geh-

auen werden, damit man selbst gut ausschaut. Bei genauem Nachschauen bleibt von dieser Argumentation aber nicht mehr viel übrig.

(Beifall bei der SPD)

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Kollege Dr. Kränzlein, das war ein wohlfeiler Versuch. Ich falle aber nicht darauf herein. Im gesamten Strafvollzug waren es 2.000, bei den Justizwachtmeistern nur 405.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt habe ich noch für die FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Pohl auf der Rednerliste. Er ist schon hier. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Justizhaushalt ist ein wichtiger Haushalt. Frau Kollegin Wittmann, Sie hatten schon den Bezug zum Haushalt der inneren Sicherheit hergestellt. Beide Bereiche ergänzen sich natürlich in einem wesentlichen Teil. Wir sehen ähnlich, wie das auch der Entwurf der Staatsregierung vorsieht, einen großen Bedarf, damit wir im Falle von Terrorismus auch bei der Justiz gerüstet sind. Seit wir im Bayerischen Landtag sind, also seit 2008, haben wir immer wieder und bei jedem Haushalt mehr Stellen gefordert, weil in der Justiz zu wenige Stellen vorhanden waren. Das durfte ich in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit Herr Kollegen Streibl tun. Nun macht das Herr Kollege Meyer zusammen mit Herrn Kollegen Streibl. Sie machen das hervorragend und auch erfolgreich. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir in dieser Legislaturperiode nun auch einen durchsetzungsstarken Minister haben, der diese Stellen im Kabinett auch durchsetzt.

(Beifall bei der CSU)

Das war in der letzten Legislaturperiode leider nicht der Fall, als wir noch beide im Rechtsausschuss waren und uns dort Klage des Amtsgerichts Augsburg anhören

mussten, wonach dieses an seine Kapazitätsgrenzen stoße und eine geordnete Rechtspflege nicht mehr möglich sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Auswirkungen der Sparorgien von Edmund Stoiber. Frau Kollegin Wittmann, das brauchen Sie auch gar nicht schönzureden; denn da gibt es nichts schönzureden. Wenn Sie sagen, dass die finanziellen Mittel und die Herausforderungen andere waren, dann muss ich Ihnen entgegenhalten – ich habe gerade nachgeschaut –, dass sich die Kriminalitätshäufigkeit in den Jahren 2005 bis 2014 in Bayern nicht verändert hat. Sie ist sogar leicht zurückgegangen. Das ist Faktencheck eins.

Nun Faktencheck zwei: Wenn das Geld in der Stoiber-Ära nicht sinnloserweise bei der Landesbank verbrannt worden wäre, und zwar in Milliardenhöhe, dann hätten wir die Gelder auch für die Beamten zur Verfügung gehabt. An dieser Stelle ist der Verweis auf die BayernLB sehr wohl richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Wir wollen aber nicht klagen, sondern wir wollen durchaus anerkennen, dass sich, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, unsere Forderungen nun im Haushalt wiederfinden. Ich denke, das wird auch, was unsere jetzigen Anträge anbelangt, im Nachtragshaushalt und in den künftigen Haushalten der Fall sein. Wir erkennen das an. Wir arbeiten sozusagen vor, und die Staatsregierung arbeitet nach. Wenn es dann mit zeitlicher Verzögerung kommt, ist es ja auch gut für die bayerische Justiz und die bayerische Rechtspflege.

Lassen Sie mich zum Schluss einen weiteren Aspekt ansprechen, weil wir hier nur sehr einseitig über die Sicherheit und damit über die Strafjustiz gesprochen haben. Wir haben in den Bereichen des Zivilrechts und der ordentlichen Gerichtsbarkeit, aber auch der Rechtspflege und der freiwilligen Gerichtsbarkeit etc. wichtige Aufgaben zu erledigen. Die Kollegin Wittmann hat vorhin in der Debatte zum Einzelplan 03 A angesprochen, dass die Menschen nach Bayern kommen, weil es hier sicherer ist als in an-

deren Bundesländern. Das würde ich gerne um einen Aspekt ergänzen. Ich glaube, noch wichtiger als die innere Sicherheit ist eine funktionierende Wirtschaft, ist die Zahl der Arbeitsplätze, sind auskömmliche, gute Arbeitsplätze. Dazu kann der Freistaat Bayern etwas beitragen, indem er für die Unternehmen gute Rahmenbedingungen schafft.

Das gilt nicht nur für die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch im Bereich der Justiz. Wir brauchen eine gut funktionierende Justiz, schnelle und rechtssichere Verfahren. All das wurde in Bayern schon ein Stück weit auf den richtigen Weg gebracht. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe dieses Parlaments, aber auch ein Verdienst – das sage ich ganz deutlich – eines durchsetzungsstarken Justizministers. Wir werden uns bei der Abstimmung über den Einzelplan enthalten, weil unseren Anträgen nicht stattgegeben wurde. Aber durch die Enthaltung erkennen wir diese Arbeit auch an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat sich für die Staatsregierung Herr Staatsminister Prof. Dr. Bausback gemeldet. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Im Konferenzzimmer im rechten Flügel hängt ein Bild von Seibertz, auf dem Sie von Humboldt, einen der größten Denker, im Kreise von vielen anderen Philosophen und Wissenschaftlern sehen. Von Humboldt ist für vieles bekannt, auch für seine Erkenntnis: "Ohne Sicherheit ist keine Freiheit."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Sicherheit muss in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft immer im Zentrum stehen. Sicherheit und Freiheit können in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen; aber sie bedingen sich auch wechselseitig.

Blicken wir in unsere Verfassung. Die Verfassung des Freistaats Bayern, die in diesem Jahr ein stolzes Jubiläum feiert, formuliert ganz deutlich:

Die Verfassung dient dem Schutz und dem geistigen und leiblichen Wohl aller Einwohner. Ihr Schutz gegen Angriffe von außen ist gewährleistet durch das Völkerrecht, nach innen durch die Gesetze, die Rechtspflege und die Polizei.

Meine Damen und Herren, "durch die Gesetze, die Rechtspflege und die Polizei" – deutlicher hätte man die Bedeutung unserer Justiz überhaupt nicht hervorheben können. Deshalb auch von meiner Seite einen herzlichen Dank an all diejenigen, die die Justiz im Freistaat Bayern verwirklichen, die der Justiz ein Gesicht geben, angefangen bei den Justizwachtmeistern, die für die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden sorgen, über viele Funktionen bis hin zu den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, den Richterinnen und Richtern, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und natürlich auch den Justizvollzugsbediensteten. Es steht uns allen gut an, an der Stelle genauso, wie es die Kollegen getan haben, ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf: So schlecht scheint es momentan um die Sicherheit im Freistaat Bayern nicht bestellt zu sein, was die Justiz angeht. Sehen wir uns die Beobachtung durch die Presse bei dieser Debatte an: Die "Süddeutsche Zeitung" ist noch präsent; aber Vertreter weiterer Medien sehe ich im Moment nicht. Das heißt, zurzeit wird sehr viel als in Ordnung angesehen, meine Damen und Herren.

Gleichwohl möchte ich an dieser Stelle nicht verhehlen: Mich macht die Entwicklung, die wir derzeit erleben, wirklich in vielerlei Hinsicht besorgt. In unserer Gesellschaft gibt es einen wachsenden Extremismus. Extremisten schaukeln sich wechselseitig hoch. Wir haben eine große Steigerung rechtsextremistischer Straftaten in Deutschland, aber auch in Bayern zu verzeichnen. Wir erleben islamistischen Terror. Spätestens nach Ansbach und Würzburg ist uns klar geworden, dass dieser Terror auch in Deutschland, in Bayern, angekommen ist. Ausländerextremisten schaukeln sich

wechselseitig hoch. Die Täter tragen die Probleme ihrer Staaten nach Deutschland hinein. Wir erleben auch einen Linksextremismus, der sich insbesondere gegen die Repräsentanten der staatlichen Ordnung, die Polizisten, richtet und sich in brutalen Körperverletzungen äußert.

Kolleginnen und Kollegen, das kann uns nicht kalt lassen, und das lässt uns auch nicht kalt. Deshalb haben wir in diesem Doppelhaushalt einen Schwerpunkt auf die Extremismusbekämpfung gelegt. Wir werden im Bereich der Justiz dafür 96 Stellen zusätzlich ausbringen. Wir bilden bei der Generalstaatsanwaltschaft in München eine hoch qualifizierte, zentrale Stelle für Extremismusbekämpfung. Wir verstärken die Extremismusbekämpfung in der Fläche und sorgen für einen weiteren Staatsschutzsenat am Oberlandesgericht in München.

Außerdem sind wir auch im Justizvollzug schon seit Jahren auf diesem Gebiet aktiv. Wir tun sehr viel für die Deradikalisierung und für die Extremismusprävention im Vollzug. In den letzten Jahren ist das Thema des salafistischen und des islamistischen Terrors und Extremismus dazugekommen. Darauf haben wir mit einer zentralen Beauftragten und mit Extremismusbeobachtern im Vollzug geantwortet.

Absolute Sicherheit kann in einer freien Gesellschaft niemand gewährleisten. Aber wenn wir den Auftrag des Artikels 99 der Bayerischen Verfassung ernst nehmen, erkennen wir es als unsere Pflicht an, dafür das Bestmögliche zu tun. Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt, mit diesen Strukturen geben wir eine klare und eindeutige Antwort im Rahmen des Gesamtkonzepts "Sicherheit durch Stärke".

Eine weitere Entwicklung muss uns alle besorgt machen. Wenn Sie über Ebay Dinge einkaufen – ich tue das nicht –, dann nutzen Sie die Vorteile des Netzes und können dafür sorgen, dass Dinge, die schon einmal in Gebrauch waren, nachhaltig weiterverwendet werden. Experten unserer Zentralstelle für Cybercrime-Bekämpfung können Ihnen vorführen, dass es im Darknet etwas ganz Ähnliches gibt. Dort kann man aber zum Beispiel nicht Kaffeetassen oder irgendwelche anderen legalen Güter erwer-

ben, um ein zu Bruch gegangenes Stück zu ersetzen, sondern dort existieren Droge-numschatzplätze, auf denen man Bewertungen ganz ähnlich wie in Ebay abgeben kann. Dort wird Waffenhandel getrieben, was in der Öffentlichkeit insbesondere durch den schrecklichen Amoklauf von München etwas weiter verbreitet wurde. Auch andere Straftaten werden dort angebahnt, Identitätsklau und Ähnliches. Kolleginnen und Kollegen, wenn man das sieht, wird einem schon angst und bange.

Dem müssen wir etwas entgegensetzen. Wir haben deshalb zum 01.01.2015 die Zentralstelle Cybercrime Bayern an der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg gegründet. Die ersten beiden Jahre nach der Gründung zeigen, dass dieser Weg goldrichtig war. Die Aufgaben, die diese Stelle wahrnimmt, nämlich herausgehobene schwierige Ermittlungsverfahren in diesem Bereich zu führen, nehmen deutlich zu. Diese Stelle ist ein gefragter Ansprechpartner für unsere Staatsanwaltschaften in der Fläche, die natürlich weiterhin selbst Cyberkriminalität bekämpfen. Sie ist eine gefragte und gerne angenommene Kontaktstelle der Staatsanwaltschaften zu anderen Stellen, die mit der Cybercrimebekämpfung beschäftigt sind, sei es bei der Polizei oder auch in internationalen Organisationen. Wir haben diese Stelle als Expertenstelle gegründet, die bis November mit vier bzw. fünf Personen ausgestattet war. Eine solche Stelle gibt es auch in einigen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir aber jetzt mit diesem Doppelhaushalt auf den Weg bringen, ist innerhalb Deutschlands einmalig. Ich glaube, dass wir hier Vorreiter sind. Wir werden diese Cybercrimestelle um über 20 Stellen erweitern. Wir werden damit eine wirklich schlagkräftige Einheit bilden, die dem sprunghaften Anwachsen der Kriminalität in diesem Bereich entgentreten kann. Ich glaube, es wird nicht lange dauern, bis andere Länder unserem Beispiel folgen.

(Beifall bei der CSU)

Die Kolleginnen Guttenberger und Wittmann haben schon ausführlich zu den anderen Strukturen des Haushalts Stellung genommen.

Liebe Kollegen von der Opposition, natürlich kann man wie in der Metzgerei Boggn-sagg von "Antenne Bayern" sagen: Darf es noch ein bissle mehr sein? – Natürlich könnten wir in verschiedenen Bereichen zusätzliche Stellen brauchen. Aber man muss es in der Gesamtverantwortung für den Haushalt sehen. Kolleginnen und Kollegen, seit 2013 haben wir – die Kollegin Wittmann hat es schon angesprochen – über 1.000 zusätzliche Stellen in der bayerischen Justiz geschaffen. Wir werden mit diesem Haushalt über 400 weitere neue Stellen dazubekommen. Herr Kollege Kränzlein, Sie haben den Richterverein angesprochen. Ich war bei dem Jubiläum in Erding dabei. Ich glaube, Sie waren auch dort. Ehrlich gesagt, muss die Veranstaltung, bei der Sie waren, eine andere gewesen sein.

(Beifall bei der CSU)

Der Richterverein, auch der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, hat deutlich gemacht, dass das, was in Bayern seit 2013 geschehen ist, einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin Wittmann hat die 400 Stellen für Justizwachtmeister angesprochen. Der Kollege Wolf, mit dem ich sehr gut zusammenarbeite, hat mich selbst auf diese Zahl in Bayern angesprochen. Er hat gesagt: Dorthin wollen wir auch, was die Sicherheit unserer Gerichtsgebäude betrifft. – Ich habe nicht ausgerechnet, wie viele Gerichte und Gerichtsstellen es in Baden-Württemberg gibt und wie viele es bei uns gibt. Aber ich vertraue dem Kollegen, der sagt: Ihr seid da vorbildlich. – Das gilt umso mehr, als wir eine sehr gute Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten haben, was rund 300 zusätzliche Leute für die Sicherheit in unseren Einrichtungen bedeutet.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Thema "Zeitgemäße Ausstattung". Ja, wir investieren in die Digitalisierung unserer Justiz. Auch das ist ein Schwerpunkt in unse-

rem Vorschlag für den Doppelhaushalt. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt für eine moderne Justiz, lieber Kollege Streibl, lieber Kollege Pohl. Das ist wichtig. Die Justiz gehört in die Mitte der Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass die Justiz auf die Dauer mit dem Aktenwagen herumfährt, während alle anderen in der Gesellschaft mit Laptop, iPad, Tablet und anderen Dingen unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden das weiter vorantreiben. Wir werden die elektronische Akte, die auf einem sehr guten Weg ist, vorantreiben. Wer Landshut besucht hat und sich das dortige Pilotprojekt angeschaut hat, sieht, dass das auf einem sehr guten Weg ist. Das wird auch von außen so gesehen. Wir haben Anfragen von anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, aber auch aus dem Ausland, die sich unserem Konzept anschließen wollen.

Wir werden daneben auch die Fachverfahren weiter angehen. In der Tat sind die Fachverfahren in die Jahre gekommen. Aber wir gehen das an. Wir werden das System "forumSTAR" im Verbund mit anderen Ländern neu aufsetzen, weil seine Nutzung langsam an ihr Ende kommt. Auch die Digitalisierung ist ein wichtiger Punkt für unsere Justiz. Wir gehen sie an, wobei ich klar sage, dass für mich als Minister gilt: Sorgfalt geht hier vor Schnelligkeit.

Meine Damen und Herren, mehr Personal, zeitgemäße Ausstattung, aber auch die Hochbauprojekte sind ein Anliegen für uns. Einige, nicht alle, sind von der Kollegin Wittmann schon angesprochen worden. Wir konnten in den letzten Jahren die investiven Mittel in diesem Bereich zunächst steigern und dann auf hohem Niveau halten. Wir haben für die nächsten Jahre wichtige Projekte, die angegangen werden. Das ist notwendig und richtig. Ehrlich gesagt, lieber Kollege Streibl, müssen wir auch Folgendes sehen: Wir werden nicht jedes altehrwürdige Gerichtsgebäude durch einen Neubau ersetzen. Das könnten wir uns nicht leisten. Das wäre meines Erachtens auch schade, weil Gerichtsbauten immer auch Ausdruck des Rechtsstaatsverständnisses

der jeweiligen Zeit sind. Deshalb sind sie zeithistorische Monumente, die wir erhalten sollten. Allerdings müssen sie auf einem modernen Ausstattungsstand sein. Deshalb bemühen wir uns, hier stetig zu Verbesserungen zu kommen. Ich glaube, insgesamt kann sich unser Haushalt in diesem Bereich sehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, vielleicht sage ich noch ein paar Worte zu den Dingen, die in der Debatte gesagt wurden. Eigentlich hätte ich gar nicht mehr das Wort ergreifen müssen. Die Kolleginnen Petra Guttenberger und Mechthilde Wittmann haben die Strukturen des Haushalts sehr gut dargelegt. Herr Kollege Kränzlein, als Oberminister, der auch ich mal war, hoffe ich, dass Sie sich damals, als Sie im Dienst waren, nicht selbst beweihräuchert haben,

(Florian von Brunn (SPD): So wie die CSU!)

sondern die Heiligung der Gemeinde bei den Hochämtern, was etwas ganz anderes ist, vollzogen haben. Die Darlegung der Strukturen unseres Haushalts hat nichts mit Selbstbeweihräucherung zu tun, sondern mit einem gesunden Maß an Demut, aber auch an Selbstbewusstsein; denn wir bringen die Justiz voran.

(Florian von Brunn (SPD): Das stinkt nach Eigenlob!)

Ich habe Sie und die Kollegin Gote gehört und frage mich, was für ein Bild Sie eigentlich vom bayerischen Strafvollzug haben. Ich kann nicht feststellen, dass wir unter den Ländern am Ende stehen, was die Resozialisierung angeht, ganz und gar nicht! Wir haben einen konsequenten Strafvollzug, der auf Resozialisierung und neue Chancen ausgerichtet ist. Ich habe in dieser Woche mit der Sepp-Herberger-Stiftung ein Projekt der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth angeschaut. Wir sind durch die Anstalt gegangen und haben gesehen, was an Ausbildungsmöglichkeiten und Sozialtherapien geboten wird. Auch das Angebot der Fachambulanzen für Gewalt- und Sexualstraftäter für Führungsaufsichtsprobanden mit entsprechender Auflage an den drei Standor-

ten ist aller Ehren wert. Wir haben seit 1990 einen erheblichen Stellenanstieg. Schauen Sie sich an, wie viele Stellen im Justizvollzug seit 1990 dazugekommen sind. Das lässt sich wirklich sehen. Wir sind noch nicht am Ende. Am Ende ist man in der Politik nie, wie wir heute Morgen gehört haben. Aber wir werden hier konsequent weitergehen.

Herr Kränzlein, Sie haben die Weihnachtsamnestie angesprochen. Mich hat ein bisschen gewundert, dass Sie offensichtlich das bayerische Strafvollzugsgesetz zum einen und die Ressortverteilung der Staatsregierung zum anderen nicht kennen. Das enttäuscht mich ein bisschen. In der Tat halte ich die Weihnachtsamnestie für einen falschen Weg;

(Beifall bei der CSU)

denn eine Amnestie ist ungerecht, wenn damit Leute bevorzugt werden. Es geht ja um Gerechtigkeit. Um Barmherzigkeit geht es im Einzelfall und in der Frage, wie die Kirche mit den Menschen umgehen soll. Aber in der Justiz geht es vor allem um Gerechtigkeit, und es ist nicht einsehbar, dass wir Menschen besser behandeln sollten, weil das Strafende nur zufällig in einen bestimmten Zeitraum fällt. Allerdings haben wir im Strafvollzugsgesetz die Regelung: Fällt das Strafende auf einen Samstag oder Sonntag, einen gesetzlichen Feiertag, den ersten Werktag nach Ostern oder Pfingsten oder in die Zeit vom 22. Dezember bis zum 6. Januar, können die Gefangenen an diesem Tag oder dem dem Zeitraum vorhergehenden Werktag entlassen werden. Also werden die Gefangenen in der Regel nicht am 23. Dezember entlassen. Der Entlassungstag kann auch noch zwei Tage vorgezogen werden. Ich sage das nur zur Richtigstellung.

In Bayern ist, was ich manchmal bedaure, das Innenressort das Verfassungsressort. Insofern liegen Sie da auch ein bisschen falsch, Herr Kollege Kränzlein. Im Übrigen kann man über die Auslegung der Verfassung und der Verfassungsrechte trefflich streiten. Das sind Wertungsfragen. Insoweit ist das auch weniger eine Frage von persönlicher Verantwortlichkeit. Vielmehr führt die Verfassungsauslegung in einer Demo-

kratie immer zu einem Disput. Am Ende gibt es halt eine Stelle – das ist das Verfassungsgericht –, die die Sache letztverbindlich entscheidet. Das hat aber bei vielen dieser Fragen mit richtig oder falsch nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, jedenfalls möchte ich mich bei allen, die die Debatte mitgestaltet haben, für die konstruktive Behandlung dieses wichtigen Haushalts bedanken. Natürlich ist ein Glas immer halb voll oder halb leer. Aber ich denke, wir sind in der letzten Periode ein gutes Stück vorangekommen. Ich sage dafür einen herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben. Wir werden mit diesem Haushalt daran anknüpfen. Mehr als 400 zusätzliche Stellen und erhebliche investive Mittel lassen sich sehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, kommen Sie bitte ans Rednerpult zurück. Herr Kollege Dr. Kränzlein möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Minister, es war ganz spannend, Ihnen zuzuhören und sich die Fakten noch einmal anzuschauen. Ich übergebe Ihnen die Stellungnahme des Bayerischen Richtervereins zum Doppelhaushalt 2017/18. Alle Punkte habe ich referiert, und wenn Sie nur Lobesworte für Bayern gehört haben, muss Ihnen irgendjemand etwas Falsches eingeblasen haben. Vielleicht hat er zu viel Hochachtung vor dem Amt gehabt. Was der Bayerische Richterverein schriftlich niedergelegt hat, können Sie von mir haben. Das sind genau die Punkte, die ich genannt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Faktencheck: Ich habe wirklich einen gewissen Ehrgeiz gehabt, herauszufinden, was in Baden-Württemberg los ist. Jetzt habe ich die offiziellen Zahlen. Dort gibt es insgesamt über 3.000 Stellen im Strafvollzug und 2.471 Stellen im Bereich der Justizwachtmeister im Strafvollzug. Die anderen, die hier immer genannt werden, sind die, die bei den Gerichten Ordnung schaffen. Sie vergleichen hier immer ganz unterschied-

liche Zahlen. Das heißt, Baden-Württemberg als Negativbeispiel vorzuführen, trägt nicht.

(Horst Arnold (SPD): Das ist sogar oberflächlich!)

Als Drittes zu der Frage Amnestie oder Gnadenerlass. Das ist ja nicht auf meinem Mist gewachsen. Ich habe der Zeitung entnommen, was hier in Bayern gemacht wird. Die 14 Bundesländer gewähren ja nicht eine Generalamnestie über viele Monate, sondern über wenige Tage bis vielleicht zu vier Wochen. Hintergrund ist folgender, und das ist nicht irgendwie gegen die Gerechtigkeit gerichtet: Strafgefangene, die am Freitag oder von mir aus am Donnerstag vor Weihnachten entlassen werden, schauen bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen und Ähnlichem schlichtweg mit dem Ofenrohr ins Gebirge, weil da alles ruht oder überlastet ist. Da könnte Bayern jenseits der Gerechtigkeit sehr wohl unter dem Gesichtspunkt der Resozialisierung und der Wiedereingliederung ein klein wenig gnädiger sein. Ein bisschen Weihnachtsgnade wäre angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Kollege Kränzlein, um das ganz deutlich zu machen: Es ging bei dem Thema, das auch Frau Wittmann angesprochen hat – das wurde dann ein bisschen verwischt –, um die Sicherheit in Gerichtsgebäuden. Darauf hat mich mein Kollege Guido Wolf angesprochen, weil in Bayern über 1.000 Gerichtswachtmeister und rund 300 Leute von privaten Sicherheitsdiensten für Sicherheit sorgen. In Baden-Württemberg haben sie eben nur gut 400. Im Strafvollzug haben wir in der Tat unterschiedliche Strukturen. Wir haben in den vergangenen Jahren, was die Sozialtherapie und die Sozialarbeiter angeht, einen Schwerpunkt gesetzt und haben auch unsere allgemeinen Vollzugsdienste verstärkt. Aber das ist ein anderer Themenbereich. Das zum einen.

Dann haben Sie die Weihnachtsamnestie angesprochen. Herr Kollege, das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Nur weil jemand seinen Strafantritt so hat, dass er im Dezember entlassen würde, kann ich ihm doch nicht einfach grundsätzlich einen Monat seiner Strafe schenken. Das hat meines Erachtens mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Die Regelung unseres Strafvollzugsgesetzes ist vernünftig; denn es wird Vorsorge dafür getroffen, dass Gefangene, wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen, nicht am Tag vor Weihnachten, sondern einige Tage vorher entlassen werden. Man unterstützt sie ja auch bei der Wohnungssuche. Insoweit kann mich da auch die Zahl von 14 Ländern der Bundesrepublik Deutschland, die es anders machen, nicht eines Besseren belehren. Diese Zahl ist für mich kein Argument, verehrter Herr Kollege.

(Zurufe von der CSU: Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, und wir kommen damit zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13942 und 17/13943, 17/13738 mit 17/13766, 17/13767 mit 17/13775 und 17/13894 mit 17/13903 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/14629 zugrunde.

Vorab, Kolleginnen und Kollegen, lasse ich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Die SPD-Fraktion hat zu ihrem Änderungsantrag betreffend "Stalkinghilfe/-schutz" auf Drucksache 17/13738 namentliche Abstimmung beantragt. Ich lasse jetzt abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13.29 bis 13.34 Uhr)

Ich darf darauf hinweisen, dass die Mittagspause noch nicht beginnt. Es folgt noch die Schlussabstimmung. – Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Das Abstim-

mungsergebnis wird ermittelt. Ich unterbreche ganz kurz die Sitzung, bitte aber, noch hier im Saal zu bleiben, weil wir dann die Schlussabstimmung durchführen.

(Unterbrechung von 13.34 bis 13.36 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf und bitte, die Plätze einzunehmen. – Ich darf das Ergebnis der eben durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt geben: Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81 Abgeordnete. Es gab 14 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14629 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich in gleicher Weise anzuzeigen. – Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Unruhe)

Geht es bitte noch ein bisschen?

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14629 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13942 und 17/13943 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Beratung des Einzelplans 04 abgeschlossen.

Herr Staatsminister, das Haus hat seine Pflicht erfüllt. Die Weichen für 2017 und 2018 sind gestellt. Ein gutes Arbeiten für die Menschen, die davon betroffen sind und die für uns Dienst leisten – herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schaue auf die Uhr. Diejenigen, die die ganze Zeit hier im Plenarsaal anwesend waren, haben sich die Mittagspause nun wirklich verdient,

(Heiterkeit)

aber auch die Stenografen und Stenografinnen und alle, die hier für uns tätig sind. Wir setzen die Sitzung um 14.15 Uhr fort.

(Unterbrechung von 13.40 bis 14.17 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich nehme die Sitzung nach der Mittagspause wieder auf.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: "Stalkinghilfe/-schutz" (Kap. 04 01 neue TG) (Drs. 17/13738)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike			X
				Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete				Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes			
				Hölzl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex				Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp				Huber Erwin			
				Dr. Huber Marcel		X	
Eck Gerhard				Dr. Huber Martin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Dr. Förster Linus				Kamm Christine			X
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus				Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas			X	Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	48	81	14

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: „Stalkinghilfe/-schutz“
(Kap. 04 01 neue TG)
Drs. 17/13738
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für Gesundheitsmanagement
(Kap. 04 02 Tit. 525 21)
Drs. 17/13739
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
100 zusätzliche Planstellen für Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten und 50 zusätzliche Planstellen für Staatsanwälte, Staatsanwältinnen; Aufhebung des kw-Vermerks für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 neu geschaffenen 50 Planstellen für Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13740
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
50 zusätzliche Planstellen für Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen, Aufhebung des kw-Vermerks für die beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 25 Planstellen für Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen und weitere 19 Stellenhebungen von BesGr. A 10 (Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen) nach BesGr. A 11 (Rechtspflegeamtänner, Rechtspflegeamtfrauen)
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13741
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
40 neue Planstellen für Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen zur personellen Verstärkung der Bewährungshilfe
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13742
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Neue Planstellen für Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13743
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
50 zusätzliche Planstellen für Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13744

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
100 zusätzliche Planstellen für Justizsekretärinnen und -sekretäre, Aufhebung des kw-Vermerks für die im Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 100 Planstellen für Justizsekretärinnen und -sekretäre und weitere Stellenhebungen im Justizfachwirtebereich
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13745
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
20 zusätzliche Planstellen für Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13746
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
50 zusätzliche Planstellen für Justizsekretär-anwärter, Justizsekretär-anwärterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13747
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
50 zusätzliche Planstellen für Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen für die Serviceeinheiten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und weitere 20 zweckgebundene Planstellen für die Übernahme von langjährig befristet beschäftigten Arbeitnehmern, Arbeitnehmerinnen
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/13748
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Aufhebung kw-Vermerk für die beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 35 Aushilfskräfte für die Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 11)
Drs. 17/13749
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für die Errichtung einer Psychotherapeutischen Fachambulanz für Sexualstraftäter und besonders gefährliche Gewaltstraftäter in Regensburg
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 17/13750
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Forschungsaufgaben im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13751
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
20 neue Planstellen für Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13752
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
40 neue Planstellen für Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen zur personellen Verstärkung der Sozialdienste im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13753
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
30 neue Planstellen für Obersekretäre, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13754
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
30 neue Planstellen für Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13755

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
30 neue Planstellen für Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen für den Werkdienst in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13756
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
40 neue Planstellen für Krankenpfleger, Krankenschwestern in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13757
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Aufhebung kw-Vermerk für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 50 Planstellen für den Justizvollzug
Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13758
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
10 neue Planstellen für Regierungsinspektor-anwärter, Regierungsinspektor-anwärterinnen (3. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst (früher: gehobener Vollzugs-verwaltungsdienst) in den Justizvollzugsanstalten)
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13759
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
100 neue Planstellen für Obersekretär-anwärter, Obersekretär-anwärterinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13760
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
50 neue Planstellen für Regierungssekretär-anwärter, Regierungssekretär-anwärterinnen (2. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst (früher: mittlerer Verwaltungsdienst) in den Justizvollzugsanstalten)
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13761
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Stellenhebungen im allgemeinen Vollzugsdienst, im Vollzugs- und Verwaltungsdienst in der 2., 3., und 4. QE, im Sozialdienst und für die modulare Qualifizierung
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13762
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzugsanstalten:
Einführung der elektronischen Patientenakte im bayerischen Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 534 99)
Drs. 17/13763
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatz-freiheitsstrafe“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 17/13764
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gefangenen- und Entlassenenfürsorge
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 17/13765
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs
(Kap. 04 05 Tit. 686 02)
Drs. 17/13766

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtbarkeit
(Kap. 04 04 Tit. 412 01)
Drs. 17/13767
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13768
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/13769
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13770
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 17/13771
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizwachmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13772
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Servicekräfte für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/13773
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13774
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sozialpädagogen
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
Drs. 17/13775
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13894
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/13895
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine privaten Wachdienste in bayerischen Gerichtsgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Tit. 517 01)
Drs. 17/13896

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bessere Bewährungshilfe ermöglichen
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/13897
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöhen – Haushaltsmittel bereitstellen
(Kap. 04 04 und 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13898
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Auflegung eines Justizopferentschädigungsfonds
(Kap. 04 04 neuer Tit.)
Drs. 17/13899
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung von kw-Vermerken im Vollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13900
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen im Krankenpflagedienst der Justiz
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/13901
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Anwärtinnen und Anwärter im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/13902
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sozialarbeit im Justizvollzug verbessern
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
Drs. 17/13903